

Politische Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik

Wiechmann, Elke; Holtkamp, Lars

2011

<https://doi.org/10.25595/2576>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wiechmann, Elke; Holtkamp, Lars: *Politische Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik*, in: Gender : Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Jg. 3 (2011) Nr. 3, 128–137. DOI: <https://doi.org/10.25595/2576>.

Politische Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik

Zusammenfassung

In der politikwissenschaftlichen Analyse stehen vor allem die Bundesländer und der Bund im Fokus der Aufmerksamkeit, wenn es um die Repräsentanz von Frauen in der Politik geht. Der kommunalen Ebene wird dagegen eher marginale Bedeutung seitens der Wissenschaft zugemessen. Allerdings ist die kommunale Ebene nicht nur jene, auf der die größte politische Praxisnähe herrscht, sondern hier rekrutieren Politik und Parteien auch ihren Nachwuchs für politische Führungspositionen. Insofern erhält die lokale Ebene eine zentrale Funktion, wenn es um mehr Frauen in der Politik und um Geschlechtergerechtigkeit geht. Zum einen zeigt die hier vorgestellte Studie, wie stark Frauen in deutschen Großstadtparlamenten unterrepräsentiert sind, zum anderen sucht sie nach den Ursachen und arbeitet Maßnahmen zum Abbau der Unterrepräsentanz heraus. Dabei stehen weniger die Frauen im Fokus der Analyse als vielmehr die Parteien und die institutionellen Rahmenbedingungen.

Schlüsselwörter

Politische Partizipation, Politische Repräsentanz von Frauen, Kommunalverwaltung, Quoten in politischen Parteien, Politische Rekrutierung, Wahlrecht

Summary

Women's Political Representation in Local Politics

When it comes to women's political representation, it is the state and the national level that are the focal point for political science analysis, while the local level plays a rather marginal role. However, this is the level where politics is closest to the people and where politics and political parties recruit talents for political leadership positions. Thus the local level plays a central role in increasing the number of women in politics and in supporting gender equity. The present study shows the large extent to which women are underrepresented in German city parliaments, analyses the underlying causes and points out ways to improve female representation on the local level. The focus of the analysis is political parties and institutional conditions rather than the women themselves.

Keywords

Political Participation, Women's Political Representation, Local Government, Quotas in Political Parties, Political Recruitment, Electoral Law

1 Ausgangslage

Folgt man den gängigen Erklärungsfaktoren für politische Unterrepräsentanz von Frauen in den Parlamenten, dann wird diese vor allem mit der Situation der Frauen selbst, ihrer geschlechtsspezifischen Sozialisation und der Arbeitsteilung begründet (etwa Kinzig 2007). Hoecker (1998) spricht vom „magischen Dreieck“, wonach unterschiedliche sozioökonomische, institutionelle und kulturelle Faktoren die Unterrepräsentanz von Frauen in deutschen Parlamenten begründen. Der Abbau der Unterrepräsentanz wird in diesem Erklärungsmodell zum langfristigen Projekt, das zunächst auf gesellschaftliche Lern- und Wandlungsprozesse setzt, die mehr gleichberechtigte Teilhabe zunächst in jede Familie bzw. in jeden Haushalt bringen.

Für die Analyse der parlamentarischen Frauenrepräsentanz eignen sich neoinstitutionalistische Erklärungsansätze der international vergleichenden Nominierungsforschung (Norris 2004: 258), die bisher nur auf bundesdeutsche Parlamente angewendet wurden (Kaiser/Hennl 2008). So lassen sich aus der Perspektive des Rational-Choice-Institutionalismus durchaus institutionelle Konfigurationen für die politische Praxis herausarbeiten, die für die gestalterische Entwicklung hin zu einer paritätischen Repräsentanz von Frauen in vergleichsweise kurzer Zeit geeignet sind.

Mit dieser Perspektive für die wissenschaftliche Analyse lenken wir den Blick auf ein anderes Erklärungsmodell, wonach die Parteien als „gate keeper“ zentrale Akteure für die Frauenrepräsentanz in den Parlamenten sind. Ihr Nominierungsverhalten wird maßgeblich durch die Quoten- und Wahlrechtssysteme geprägt, wie es auch in international vergleichenden Studien immer wieder empirisch belegt wurde (Tripp 2008; Dahlerup/Freidenvall 2005).

Unsere *Ausgangshypothese* ist, dass die Parteien die zentralen Weichensteller für politische Karrieren sind. Diese am Rational-Choice-Institutionalismus orientierte Hypothese wird in den qualitativen Analysen ergänzt durch eine mikropolitische Perspektive, die stärker die Interessen, Konflikte und Machtkonstellationen innerhalb von Organisationen einfängt und damit Parteien nicht als einheitliche Akteure konzipiert. Denn durchaus erklärungsbedürftig ist die Frage, wie es der Partei Bündnis 90/Die Grünen bundesweit bei „nur“ ca. 16 000 weiblichen Mitgliedern möglich ist, ihre Mandate und Ämter weitgehend paritätisch zu besetzen, während es weder der SPD (mit ca. 170 000 weiblichen Parteimitgliedern) noch der CDU (mit ca. 140 000 weiblichen Parteimitgliedern) gelingt. Im Rahmen einer der bislang umfangreichsten Studien zur „Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik“ (vgl. Holtkamp/Schnittke 2010; Holtkamp/Wiechmann/Pfetzing 2010; Holtkamp/Wiechmann/Schnittke 2009: 7ff.)¹ ging es vorrangig um Antworten auf die folgenden Fragen:

- Wie stark sind Frauen in deutschen – insbesondere kommunalen – Parlamenten unterrepräsentiert?
- Welche Ursachen sind für diese Unterrepräsentanz festzustellen?
- Welche Maßnahmen sind bei Fokussierung auf die wichtigsten Ursachen dazu geeignet, die Unterrepräsentanz von Frauen zügig abzubauen?

In der Studie richten wir den Blick primär auf die Quotenparteien SPD (40 %), Bündnis 90/Die Grünen (50 %) und Die Linke (50 %) sowie die CDU mit ihrem empfohlenen Quorum von 33,3 % und konzentrieren uns auf die Großstädte.

Die Studie war multimethodisch angelegt.

- Quantitative Methoden (Statistische Ämter, Web-Seiten der Großstädte, Umfragen in den Städten selbst);
- Qualitative Methoden (ExpertInnenbefragungen in ausgewählten Großstädten in zwei Bundesländern mit:
 - Ratsfrauen und
 - Parteivorsitzenden;

¹ Die Studien wurden unter anderem von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt.

- Vergleich: internationale und nationale Forschungsergebnisse zur Unterrepräsentanz von Frauen in der lokalen Politik.

Diese Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden sollte einerseits einen repräsentativen Überblick über die Unterrepräsentanz von Frauen in deutschen Kommunalparlamenten geben und gleichzeitig dazu beitragen, bundesländervergleichende Hypothesen testen zu können. Andererseits sollte durch Fallstudien die nötige Mikrofundierung der Hypothesen und ein stärkerer Einblick in die Nominierungsprozesse und Machtstruktur der Parteien gewährleistet werden.

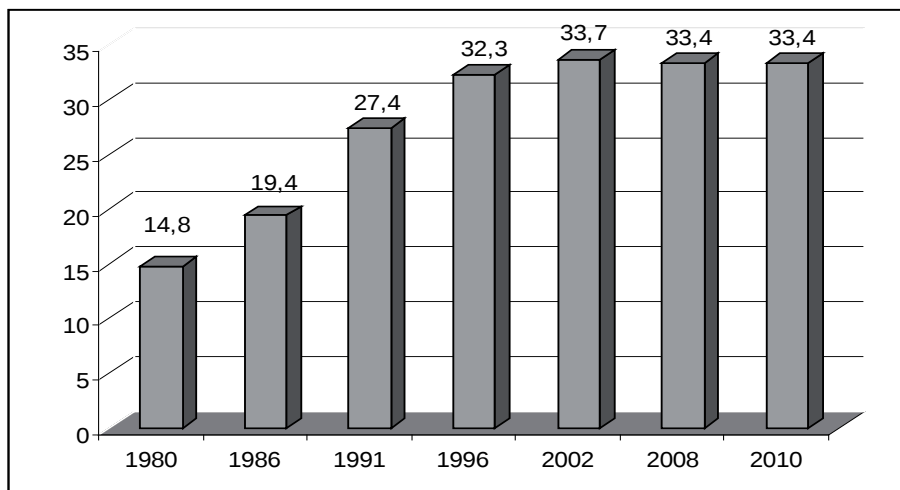
2 Frauenrepräsentanz in Großstadtparlamenten

Unserer These zufolge ist es vor allem für Großstädte unwahrscheinlich, dass sich hier Frauen nicht in ausreichendem Maße für die kommunalen Räte finden lassen. Hier zumindest könnte man am ehesten annehmen, dass sich rein statistisch betrachtet und bei entsprechender Ansprache seitens der Parteien genügend Frauen (unter mehreren 10 000 Einwohnerinnen) interessieren und motivieren lassen.

2.1 Frauenrepräsentanz im Zeitreihenvergleich

Ein Zeitreihenvergleich zwischen den Jahren 1980 und 2010 zur Entwicklung der Frauenrepräsentanz in deutschen Großstädten zeigt zunächst einen kontinuierlichen Anstieg bis ca. Mitte der 1990er Jahre. Im dann folgenden Jahrzehnt bis heute allerdings stagniert die Frauenrepräsentanz bei ca. einem Drittel.

Abbildung 1: Entwicklung der Frauenrepräsentanz in westdeutschen Großstadtparlamenten in %



Schauen wir auf den sprunghaften Anstieg der Frauen in den Räten ab den 1980er Jahren im Zeitreihenvergleich, dann sind folgende Ereignisse zu berücksichtigen:

- 1983: Die Grünen ziehen mit ihrer 50%-Quote in den Bundestag ein.
- 1988: Die SPD bereitet den Weg für die 40%-Quote.
- 1990: Die PDS (LINKE ab 2005) beschließt ihre 50%-Quote.
- 1996: Die CDU empfiehlt das Quorum (33 %).
- 2010: Die CSU arbeitet an der 40%-Quote.

Offensichtlich haben die Grünen die Parteien unter Anpassungsdruck gesetzt und waren im Parteienwettbewerb um vorwiegend weibliche Wählerstimmen Auslöser und Ansporn für eine Quotendebatte, dem sich selbst die CDU nicht gänzlich entziehen konnte und jüngst der CSU Debattenstoff lieferte.

Wenn im internationalen Vergleich eine angemessene Frauenrepräsentanz als Indikator für Modernität gilt, dann leidet die deutsche Parteienlandschaft offensichtlich unter einem Modernisierungsrückstand. Das zeigt sich besonders anschaulich im 1. und 2. Genderranking deutscher Großstädte, die wir ebenfalls im Rahmen der Studie erstellten.

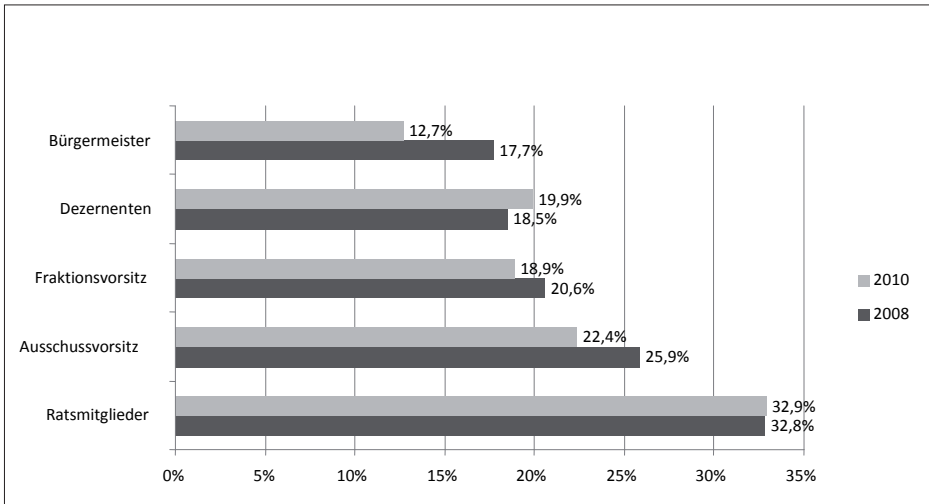
2.2 Genderranking deutscher Großstädte

Bestandteil der Studie war unter anderem das erste Genderranking deutscher Großstädte auf der Datengrundlage von 2008. Dabei gingen folgende politische Positionen als Indikator für den Genderindex ein: Ratsmandate, Ausschussvorsitze, Fraktionsvorsitze, DezernentInnen und Bürgermeisterposition. Erstes Ergebnis unseres Genderrankings war, dass Frauen durchschnittlich gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil in allen Positionen unterrepräsentiert sind. Je wichtiger diese Ämter in der Kommunalpolitik werden, desto stärker ist diese Unterrepräsentanz ausgeprägt. Der Frauenanteil unter allen Ratsmitgliedern in deutschen Großstädten lag bei 32,8 %. Bei den Ausschussvorsitzenden war nur noch ein Frauenanteil von 25,9 %, bei den Fraktionsvorsitzenden von 20,6 %, bei den DezernentInnenpositionen von 18,5 % und bei den Bürgermeisterpositionen von 17,7 % zu verzeichnen.

Nach dem Superwahljahr 2009, in dem nahezu in allen deutschen Großstädten die Karten neu gemischt wurden, interessiert die Frage, ob sich im Vergleich zum ersten Genderranking 2008 der Frauenanteil in der Kommunalpolitik verändert hat.

Erstes Ergebnis war, dass Frauen durchschnittlich gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil auch weiterhin in allen Positionen unterrepräsentiert sind. Darüber hinaus belegen die aktuellen Zahlen, dass der Frauenanteil in politischen Spitzenpositionen seit 2008 zum Teil deutlich gesunken ist. Stagniert der Frauenanteil unter allen *Ratsmitgliedern* in deutschen Großstädten bei ca. 33 %, so sinkt ihr Anteil auf dem *Oberbürgermeisterposten* um 5 % auf nur noch 12,7 %.

Abbildung 2: Frauen in politischen Führungspositionen im Vergleich



Der Frauenanteil sinkt ebenfalls bei den *Ausschussvorsitzenden* (von 25,9 % in 2008) auf 22,4 % und bei den *Fraktionsvorsitzenden* von 20,6 % auf 18,9 %. Einzig auf der *DezernentInnenebene* zeigt sich ein positiver Saldo – hier stieg der Frauenanteil von 18,5 % auf 19,9 % in 2010.

Ein kurzer Blick in die Parteien zeigt zusammenfassend Folgendes:

- Die SPD hat in nur zwei Jahren beträchtliche Einschnitte ihres Frauenanteils auf allen Positionen zu verzeichnen. Dieser gegenläufige Trend einer „Entfeminisierung“ ist im Parteienvergleich nur bei der SPD zu verzeichnen. Ihre hohen Verluste können die Zuwächse bei den Parteien „Die Grünen“ und „Die Linke“ nicht ausgleichen.
- Die CDU hält ihr konstant niedriges Niveau – hier hat offenbar auch die erste deutsche Kanzlerin kein Umdenken bewirkt. Besonders gravierend wirkt sich die niedrige Frauenrepräsentanz der CDU auf kommunaler Ebene aus, weil sie hier die größte Partei ist, damit die meisten Mandate stellt und mithin die Frauenquote insgesamt „drückt“.
- Die FDP bleibt eine „Männerpartei“. Sie hat nicht nur den geringsten Anteil weiblicher Mitglieder unter den etablierten Parteien, sondern auch in den Räten weist sie die geringste Frauenrepräsentanz auf. Hier zeigt sich der propagierte „Elitewettbewerb“ als extreme geschlechtsspezifische Schieflage.

3 Die Quote

Der Umgang der Parteien mit ihrer selbst gesetzten Quotenorm ist selbst in den Großstadtparlamenten offenbar fragil, obwohl es gerade hier zumindest rein statistisch nicht an der mangelnden Zahl von Frauen liegen dürfte.

Aufschlussreich ist allerdings das Verständnis der Parteien im Umgang mit der selbst gesetzten Norm (Quote/Quorum). Im qualitativen Teil der Studie wurden unter anderem die Parteivorsitzenden hiernach gefragt. Im Folgenden kann man für die Parteispitzen verkürzt folgendes Selbstverständnis feststellen:

- Grüne: hier herrscht die größte Akzeptanz, trotz „Quotenausreißer“ (Kommunalparlamente mit grüner Männerdominanz).
- Die Linke: „Die Quote ist nur eine statistische Größe“.
- SPD: Rechtfertigungsdruck im Parteienwettbewerb.
- CDU: „Die Quote ist kein Medium“.

Typische Begründungsmuster seitens der Parteien erinnern an übliche Stereotype:

- Man kann nicht genügend Frauen motivieren.
- Frauen sind noch in alten Rollenmustern verhaftet.
- Frauen haben weniger disponible Zeiten (Vereinbarkeitsproblem).
- Eher selbstkritisch: Ortsvereine.

Kurzum: Von den deutlich überrepräsentierten männlichen Parteichefs wurden die Begründungen vor allem bei den Frauen selbst gesucht.

Aber auch Frauen selbst haben ihre Probleme mit der Quote und geben nicht selten ihre Begründungen:

- Frauen wollen keine „Quotenfrauen“ sein: Sie fühlen sich in ihren Kompetenzen und Qualifikationen entwertet. Diese Einschätzung findet sich vor allem bei CDU-Frauen sowie bei jungen, gut qualifizierten Frauen.
- Frauen verteidigen die Quote: Ohne Quote würden die Parteien noch weniger Frauen rekrutieren, nominieren und positionieren. Diese Einschätzung findet sich vor allem bei SPD-, Grüne- und Linke-Frauen, die bereits ihre Erfahrungen im politischen Machtkampf um Positionen und Mandate gemacht haben.

4 Das Wahlrecht

Das Wahlrecht gilt in der internationalen Reformdiskussion (neben den Quoten) als zentraler Hebel zur Erhöhung der Frauenrepräsentanz. Je nach Wahlrecht unterscheiden sich auch die Nominierungsprozesse der Parteien.

Der Einfluss von Kumulieren und Panaschieren als Verhältniswahlrecht mit freien Listen wie etwa in Baden-Württemberg auf die Frauenrepräsentanz in den Kommunalparlamenten wurde in der Literatur vorwiegend mit Bezug auf das potenzielle WählerInnenverhalten diskutiert. In der Genderforschung wurde bisher überwiegend davon ausgegangen, dass personenbezogene Elemente für die Frauenrepräsentanz eher problematisch sind, weil entsprechend den Annahmen des „magischen Dreiecks“ von Beate Hoecker (1998) in Deutschland eher eine „patriarchale“ politische Kultur dominiere, mit der Folge, dass die Wählerschaft Frauen bei Personenwahlen tendenziell benachteilige (Hoecker 2008; Blättel-Mink et al. 1998: 782).

Entgegen dieser Annahme zeigt unsere Untersuchung der Frauenanteile in den west-deutschen Großstadtparlamenten, dass der Frauenanteil in NRW kontinuierlich niedriger liegt als etwa in Baden-Württemberg, Bayern oder Niedersachsen, die der WählerInnen-schaft traditionell die Möglichkeit zum Kumulieren und Panaschieren bieten. In den 30 nordrhein-westfälischen Großstädten lag der Anteil der weiblichen Ratsmitglieder 1996 bei 29,6 %, 2002 bei 30,5 %, 2008 bei 30,5 % und nach der Kommunalwahl 2009 bei 30,8 %. In den baden-württembergischen, niedersächsischen und bayerischen Großstädten wurde demgegenüber schon 1996 ein Frauenanteil von fast 35 % erzielt, der danach konstant überschritten wurde. Die statistische Analyse der Frauenanteile in Großstadtparlamenten ergab dementsprechend einen signifikanten Zusammenhang mit dem Wahlrecht zugunsten freier Listen, wobei die Wählerschaft weder negativ noch positiv diskriminiert.

4.1 Parteien und Nominierungsprozesse

Um die Unterschiede von Wahlrechtssystemen und ihre Auswirkungen auf die Frauenrepräsentanz zu demonstrieren, eignen sich der Systemvergleich des kommunalen Wahlrechts von NRW und Baden-Württemberg und seine Auswirkungen auf die Nominierungsprozesse in den Parteien. In NRW gilt das personalisierte Verhältniswahlrecht mit festen Listen im Unterschied zu den meisten anderen Bundesländern mit der Möglichkeit zum Kumulieren und Panaschieren als stärker personenorientiertes Verhältniswahlrecht mit freien Listen wie in Baden-Württemberg. Hiernach wird der Wählerschaft ein größeres Mitspracherecht bei den Kommunalwahlen eingeräumt als in NRW. In NRW wird die Hälfte der Ratsmandate über Direktmandate vergeben, die im Wesentlichen auf die SPD und die CDU entfallen. Die restlichen Mandate werden über die zu wählenden geschlossenen Parteilisten bestimmt, womit die Wählerschaft keinen Einfluss auf einzelne Kandidaturen hat – im Gegensatz zum Kumulieren und Panaschieren auf gesamtstädtischer Ebene.

Bei dem personalisierten Verhältniswahlrecht in NRW werden die KandidatInnen in kleinen Wahlkreisen bzw. Ortsvereinen in ebenso kleinen politischen Elitekreisen aufgestellt. Und das hat unserer These folgend Einfluss auf die Unterrepräsentanz von Frauen in den kommunalen Räten. Einerseits können die Quoten nur eingeschränkt oder gar nicht umgesetzt werden, weil vergleichsweise nur sehr wenige Kandidaturen in den Ortsvereinen zu vergeben sind, während auf der gesamtstädtischen Ebene kaum noch zusätzliche Kandidatinnen nominiert werden (können). Auf den aussichtsreichen Plätzen der Reserveliste finden sich dann zunächst in der Regel die Direktkandidaturen, die oft in Personalunion die jeweiligen Ortsvereinsvorsitzenden sind. Andererseits gelten insbesondere die Ortsvereine als traditionelle Männerdomänen.

4.2 Rolle der Ortsvereine

Als Keimzellen der lokalen Politik genießen die Ortsvereine verbreitet einen Ruf als „closed shop“. Dafür sprechen keineswegs nur die von uns befragten Ratsfrauen, wenn sie ihre ersten Kontakte bzw. Begegnungen mit der Ortspartei schildern, sondern auch Parteivorsitzende bestätigen einen traditionellen Parteistil in den Ortsvereinen, der gerade auf dieser Ebene oftmals alte Parteitugenden und neue Strukturnotwendigkeiten noch zu wenig miteinander vereinen kann. Diese zeichnen sich häufig durch ihre homogene

und zugleich überalterte Struktur aus und zelebrieren dabei gerade aus Sicht jüngerer Frauen „ganz altmodische Rituale“.

Das passt zu der Einschätzung der meisten unserer Befragten, dass nämlich eine aktive Rekrutierungspolitik für mehr Frauen in den Räten nur sehr wenige Lokalparteien aus eigenem Antrieb betreiben. Eher verweisen die befragten Parteivorsitzenden auf weitere Unterstützungsakteure wie die politischen Stiftungen, die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten oder neue Programme (z. B. Mentoring).

Wahlrechtsbedingt haben die Parteichefs in NRW-Großstädten auf die Nominierungsprozesse in den Ortsvereinen lediglich begrenzten Einfluss, da sie „nur“ für die Reservelisten und ihre KandidatInnenreihung zuständig sind, die Direktkandidaturen jedoch Sache der Ortsvereine ist. Somit ist die Parteispitze – selbst wenn sie wollte – nicht die „Quotenaufsicht“.

5 Wege aus der Unterrepräsentanz von Frauen in den Kommunalparlamenten

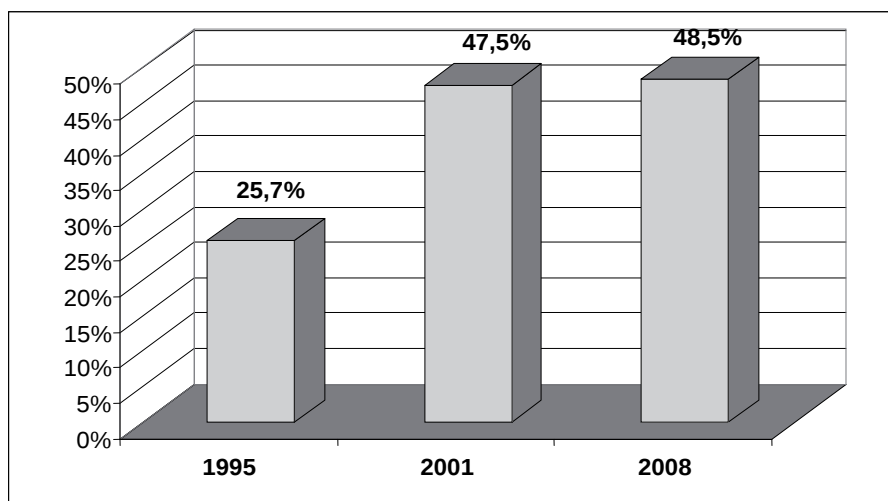
Die Quotenparteien stellen deutlich mehr Kandidatinnen als Parteien ohne Quote und auch als die CDU mit einer Quorumsempfehlung. Gleichwohl sind Quoten weder Selbstläufer noch Garantie für eine angemessene politische Frauenrepräsentanz. Denn für die kommunale Ebene ist die „Gewinnwarnung“ aus der international verglichenen Forschung mitzunehmen, dass Quoten nicht direkt wirken, sondern nur bei entsprechender innerparteilicher Akzeptanz, bei zu erwartenden Sanktionen oder höheren informellen Gleichstellungsnormen auch tatsächlich durchgesetzt werden.

Das *Wahlrecht* ist im Allgemeinen politisch eher kurzfristig gestaltbar als die politische Kultur eines Landes und macht einen erheblichen Unterschied bei der Repräsentation von Frauen im Parlament. Hier scheint das offenbar transparentere Wahlgesetz mit mehr Wahlentscheidungsmöglichkeiten für die Wählerschaft bei offenen Listen durch Kumulieren und Panaschieren für Frauen günstiger auszufallen als das deutlich intransparentere Wahlgesetz Nordrhein-Westfalens mit dem personalisierten Verhältniswahlrecht, den Direktkandidaturen und den Nominierungsprozessen vorrangig in kleinen Ortsvereinen. Letzteres Wahlrecht begünstigt die lokalen männlichen Parteieliten, auf die auch die Parteivorsitzenden nur begrenzten Einfluss haben.

Neben der Quote und dem Wahlrecht gibt es allerdings eine durchaus schnelle und konsequente Lösung, um die Frauenrepräsentanz in der Politik wirksam zu steigern: das *Paritätsgesetz* nach französischem Vorbild. Hiernach müssen in Frankreich die Parteien zu den Kommunalwahlen 50 % Frauen auf ihren Wahllisten aufstellen, wobei sich die Quotierung auch auf die oberen Listenplätze beziehen muss. Können oder wollen die Parteien die Kandidatinnenquote nicht erfüllen, werden sie nicht zur Wahl zugelassen. Damit ist der Anreiz für die Parteien, Kandidatinnen aufzustellen, ungleich höher als in Deutschland.

Waren vor dem französischen Paritätsgesetz in den Kommunen mit mehr als 3 500 EinwohnerInnen in 1995 nur 25,7 % der Kommunalparlamentarier weiblich, verdoppelte sich 2001 der Frauenanteil nahezu und blieb auch 2008 mit 48,5 % auf konstant hohem Niveau.

Abbildung 3: Frauenanteil in französischen Kommunalparlamenten



In einer ersten Studie gaben 78 % der befragten Parteien an, „that it was ‚easy‘ to apply the parity law in selecting candidates for their lists” (Bird 2002: 11). Die Parteien brauchen also einen überzeugenden Anreiz.

Es gibt also Modernisierungsvorbilder über die immer wieder herausgestellten nordeuropäischen Länder mit ihrer bereits fortschrittlicheren Gleichstellungspolitik hinaus, die auch für Deutschland richtungsweisend sein können.

Literaturverzeichnis

- Bird, Karen. (2002). “Who are the Women? Effects of Gender Parity in French Municipal Elections”, Ms., teilveröffentlicht in Karen Bird (2003), “Who are the Women? Effects of Gender Parity in French Municipal Elections”. *French Politics*, 1, 5–38
- Blättel-Mink, Birgit; Mischau, Anina & Kramer, Caroline. (1998). Politische Partizipation von Frauen – Nullsummenspiele im Modernisierungsprozeß? Ergebnisse einer empirischen Studie in Baden-Württemberg. *PVS*, 4, 775–796
- Dahlerup, Drude & Freidenvall, Lenita. (2005). Quotas as a ‚Fast Track‘ to Equal Representation for Women. *International Feminist Journal of Politics*, 1, 26–48
- Hoecker, Beate. (1998): *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*. Opladen: Leske + Buderich
- Hoecker, Beate. (2008). 50 Jahre Frauen in der Politik: späte Erfolge, aber nicht am Ziel. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 24, 10–18
- Holtkamp, Lars & Schnittke, Sonja. (2008). Erklärungsmodelle für die Unterrepräsentation von Frauen. *Femina Politica*, 2, 53–64
- Holtkamp, Lars & Schnittke, Sonja. (2010). *Die Hälfte der Macht im Visier*. Bielefeld: Alternative Kommunalpolitik (AKP)
- Holtkamp, Lars; Wiechmann, Elke & Pfetzing, Jan. (2010). *Zweites Genderranking deutscher Großstädte*. Fernuniversität Hagen: www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/lg-iv/zweites_genderranking_deutscher_grossstaedte.pdf

- Holtkamp, Lars; Wiechmann, Elke & Schnittke, Sonja. (2009). *Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. Parteien machen den „feinen“ Unterschied*. Praxisbericht des von der Heinrich-Böll-Stiftung geförderten Forschungsprojektes „Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik“. Berlin, Hagen: www.fernuni-hagen.de/polis/download/lg4/projekte/praxisbericht_8-2009_1_.pdf
- Kaiser, Andre & Hennl, Annika. (2008). Wahlsysteme und Frauenrepräsentation. Ein Vergleich der deutschen Landesparlamente. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2, 167–184
- Kinzig, Silke. (2007). *Auf dem Weg zur Macht? Zur Unterrepräsentation von Frauen im deutschen und U.S.-amerikanischen Regierungssystem*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Norris, Pippa. (2004). *Electoral Engineering – Voting Rules and Political Behavior*. Cambridge: Cambridge University Press
- Tripp, Aili. (2008). Female Representation: The Global Impact of Quotas. *Comparative Political Studies*, 3, 338–361
- Wiechmann, Elke & Holtkamp, Lars. (2010). Politische Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. *Gleichstellungspolitik in der Praxis*, 1, 9–14

Zu den Personen

Elke Wiechmann, Dr. phil., wissenschaftliche Angestellte im Lehrgebiet „Politik und Verwaltung“ am Institut für Politikwissenschaft der FernUniversität Hagen. Arbeitsschwerpunkte: Gleichstellungspolitik, Lokale Politikforschung und Verwaltungsmodernisierung
E-Mail: Elke.Wiechmann@FernUni-Hagen.de

Lars Holtkamp, Prof. Dr., Leiter des Lehrgebiets „Politik und Verwaltung“ am Institut für Politikwissenschaft der FernUniversität Hagen. Arbeitsschwerpunkte: Parteienforschung, Lokale Politikforschung, Politikfeldanalyse und Verwaltungswissenschaft
E-Mail: Lars.Holtkamp@FernUni-Hagen.de